

Absender

Landgericht
Rehabilitierungskammer

Antrag nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) vom 29.10.1992

Hiermit beantrage ich nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz, die nachstehend bezeichnete strafrechtliche Entscheidung für rechtsstaatswidrig zu erklären, aufzuheben und mich damit zu rehabilitieren.

1. Angaben zur Person der Antragstellerin / des Antragstellers	
Vorname:	Familienname:
Geburtsname:	Name zum Zeitpunkt der Inhaftierung/Verurteilung:
Geburtsdatum:	Geburtsort:
aktuelle Wohnanschrift mit Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort:	
Telefon:	Handy:
E-Mail:	Fax:
Wohnort vor Inhaftierung bzw. zum Zeitpunkt der Verurteilung:	

2. Zweitantrag / Wiederaufnahme		
Zu der unter 4. genannten strafrechtlichen Entscheidung habe ich bereits ohne Erfolg einen Antrag auf Strafrechtliche Rehabilitierung gestellt.		
<input type="checkbox"/> Ja. Füllen Sie bitte die weiteren Angaben zu 2. aus:		<input type="checkbox"/> Nein. Bitte weiter mit 3.
Beschluss durch Gericht:	vom:	Az.:

Daher beantrage ich hiermit,

- diesen Antrag als Zweit Antrag gemäß § 1 (6) StrRehaG zu behandeln, da aufgrund der Gesetzesänderungen der frühere Antrag nach den Vorschriften dieses Gesetzes Erfolg gehabt hätte.
- die Wiederaufnahme meines abgelehnten Erstantrags.

3. Weitere Anträge zum Verfahren

Hiermit beantrage ich,

- zur Sachverhaltsaufklärung mündlich vorzutragen.
- zur Sachverhaltsaufklärung eine eidesstattliche Versicherung abzugeben.
- mir Abschriften der angegriffenen Entscheidung und der Anklageschrift zu erteilen.

4. Angaben zur Sache

Bei mehreren zu rehabilitierenden Verfahren stellen Sie bitte für jedes Strafverfahren einen gesonderten Antrag.

Verurteilendes Gericht (Bezeichnung, Ort):

Grund für die Verurteilung bzw. Straftatbestand nach Strafgesetzbuch der DDR:

Zeitpunkt der Verurteilung:

Strafe/Strafmaß:

Zeitpunkt der Inhaftierung:

Zeitpunkt der Entlassung:

Unterbringung in den Haftanstalten (Name, Ort)

von–bis

Unterbringung in den Haftanstalten (Name, Ort)	von–bis

5. Begründung:
Die strafrechtliche Entscheidung ist mit wesentlichen Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung unvereinbar,
(Zutreffendes bitte ankreuzen und begründen. Bei Bedarf zusätzliche Blätter als Anlage hinzufügen.)

weil sie politischer Verfolgung gedient hat und ich aufgrund folgender oder inhaltlich entsprechender Vorschriften verurteilt wurde:
Landesverräterische Nachrichtenübermittlung; Staatsfeindlicher Menschenhandel; Staatsfeindliche Hetze; Ungesetzliche Verbindungsaufnahme; Ungesetzlicher Grenzübertritt; Boykotthetze; Wehrdienstentziehung und Wehrdienstverweigerung; Hochverrat, Spionage, Anwerbenlassen zum Zwecke der Spionage, Landesverräterische Agententätigkeit, Staatsverbrechen, die gegen einen verbündeten Staat gerichtet sind, Unterlassung der Anzeige einer dieser Straftaten, Geheimnisverrat, wenn die Tat für die Bundesrepublik Deutschland, einen mit ihr verbündeten Staat oder für eine Organisation begangen worden sein soll, die den Grundsätzen einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Ordnung verpflichtet ist.

weil sie aus sonstigen Gründen der politischen Verfolgung gedient hat:

weil die angeordneten Rechtsfolgen in grobem Missverhältnis zu der zu Grunde liegenden Tat stehen:

6. Beweismittel

Hiermit beantrage ich, die folgenden Beweismittel hinzuziehen:

Zeugen:

folgende Nachweise:

7. Anlagen

Folgende Anlagen füge ich dem Antrag hinzu:

Ort, Datum:	Unterschrift:
--------------------	----------------------